

# Jahresbericht 2016 der Gruppe Giardino

## 1. Entwicklung der allgemeinen Lage

Das Jahr 2016 war von zahlreichen Ereignissen und Entwicklungen geprägt, welche eigentlich einen Einfluss auf die Sicherheitspolitik der Schweizerischen Eidgenossenschaft hätten haben sollen.

**Atomwaffen Iran/Nordkorea:** Der Iran steht seit längerem im Verdacht, nicht nur Nuklearforschung zu betreiben, sondern mit einem geheimen militärischen Programm auch an der Entwicklung eigener Atomwaffen zu arbeiten. Aus Angst vor präventiven Luftschlägen in zahlreichen unterirdischen Anlagen stattfindend. Die IAEA, die EU und die UNO zeigten grosse Besorgnis und nahmen Verhandlungen auf mit dem Ziel, die militärische A-Waffen-Entwicklung im Iran zu stoppen. Am 16. Januar 2016, sieben Monate nach dem Atomvertrag von Genf ist das Atomabkommen mit dem Iran in Kraft getreten. Die Atombehörde IAEA teilte in Wien mit, die Islamische Republik habe ihren Teil des Vertrages erfüllt und vollständig umgesetzt. Daraufhin hoben die USA und die EU die Wirtschaftssanktionen gegen den Iran auf. Die Entwicklung von Langstrecken-Lenk Waffen und Atomwaffen in Nordkorea ging im Berichtsjahr zielstrebig weiter, trotz massiver internationaler Proteste und Sanktionen. Ein U.S.-Präventivschlag erscheint unvermeidlich.

**Islamischer Terror:** Der islamische Terror wütete in den Kriegsgebieten des nahen Ostens, vor allem im Irak, fast täglich weiter, meist in Form von Autobomben-Anschlägen oder Selbstmord-Attentaten. Wie bereits im Vorjahr, setzte sich die Ausweitung dieses Terrors auf Europa fort. Zahlreiche militante islamische Bewegungen, vor allem der IS (Islamische Staat), wollen damit die europäischen Régimes dazu zwingen, die Entfaltung des Islams in Europa zu dulden und sogar noch aktiv zu fördern. Trotz der terroristischen asymmetrischen Kriegsführung wird in Europa der Islam in politischen Kreisen nicht als strategische Bedrohung der europäischen Kultur und Gesellschaft wahrgenommen. Viele Anschläge in Europa konnten durch präventive Arbeit der

Polizei und der Nachrichtendienste vereitelt werden. Die schlimmsten islamischen Terror-Anschläge des Jahres 2016 in der westlichen Welt waren: 22. März 2016: Bruxelles (Flughafen und Stadtteil Maalbeek): 32 Tote, 300 Verletzte, 12. Juni 2016: Orlando Florida: 49 Tote, 14. Juli 2016: Nizza: 86 Tote, 450 Verletzte, 19. Dezember 2016 Berlin: 12 Tote, 55 Verletzte. Die Politik der betroffenen Staaten konzentrierte sich auf eine verstärkte Präsenz von Polizei und militärischen Kräften an den neuralgischen Orten sowie der Einschränkung von Freiheitsrechten. Im Berichtsjahr sah es so aus, als wären die europäischen Länder nicht in der Lage, diesen grossen Herausforderungen wirksam begegnen zu wollen. Die freiheitlichen westlichen Staaten nehmen die massive islamische Unterwanderung reaktionslos quasi als «unvermeidlich» hin. Es ist nur eine Frage von wenigen Jahren, bis diese Zeitbombe explodieren wird. Statt sofort Abwehrmassnahmen einzuleiten, zieht man den Weg des geringsten Widerstandes vor und nimmt in Kauf, dass in wenigen Jahren massive Unruhen mit bewaffneten Auseinandersetzungen den europäischen Kontinent überziehen, oder dass einzelne Länder zur islamischen Staatsdoktrin wechseln, wie es der französische Autor Michel Houellebecq in seinem Roman «Soumission» beschreibt.

Die durch die deutsche Bundesregierung und unseren Bundesrat praktizierte «Willkommenskultur» für Zuwanderer aller Art wirkt wie ein Magnet nicht nur für echte Flüchtlinge, sondern für die zahlreichen illegalen Migranten, welche an der nun beginnenden Völkerwanderung teilnehmen, weil sie sich in den europäischen Sozialstaaten ein besseres Leben erhoffen. Viele europäische Regierungen unterscheiden fatalerweise nicht zwischen echten Flüchtlingen und illegaler (Wirtschafts- und Sozial-)Migration. Durch ihre hartnäckige Weigerung, die Interessen ihrer eigenen Völker wahrzunehmen, verlieren sie zunehmend deren Unterstützung. Die Lähmungserscheinungen der Politik können aus der Sicht mehrerer Völker nur durch die Wahl rechts-nationaler Régimes überwunden werden, oder wie im Fall Grossbritanniens mit dem Austritt aus der EU-Zwangsjacke

mit dem Ziel der Rückgewinnung der eigenen Handlungsfähigkeit.

Sogenannte «No-Go-Areas» beispielsweise in deutschen und schwedischen Städten lassen abschätzen, in welche Richtung uns das Laissez-Faire zahlreicher Regierungen führen wird.

**Brexit:** Am 23. Juni 2016 fand in Grossbritannien die historische Volksabstimmung zum weiteren Verbleib des vereinigten Königreiches in der Europäischen Union statt. Mit relativ knapper Mehrheit beschloss die Stimmberechtigten den Austritt aus der EU. Ausschlaggebend für diesen Entscheid war, dass das Land die Probleme der massiven Zuwanderung nach Grossbritannien sowohl von innerhalb der EU als auch vor allem von ausserhalb der EU nicht in den Griff bekam und keine Aussicht darauf bestand, dass dieses Problem in nützlicher Frist gelöst werden könnte.

Historisch gesehen hat sich England nie zur auf dem europäischen Kontinent mächtigeren Gruppierung gesellt, sondern immer versucht, die Macht-Balance zu halten indem es sich auf die Seite der jeweils schwächeren Gruppierung gestellt hat. Dieses historische Prinzip wird nun wieder hergestellt. Grossbritannien will sein Schicksal wieder selber verantworten und wieder zum völkerrechtlich souveränen Staat zurückkehren. Die vor allem für KMUs sehr schädliche extreme Überregulierung durch die EU-Bürokratie wird somit wegfallen, was der UK-Wirtschaft einen neuen Aufschwung ermöglichen kann.

**Ukraine/Krim-Halbinsel:** Nach wie vor sind die EU und die NATO bestrebt, die Ukraine an sich zu ziehen, um deren wirtschaftliches Potential zum Vorteil ihrer eigenen Investoren zu nutzen sowie militärisch durch die Assoziierung der Ukraine mit der NATO die Frontlinie zu Russland markant nach Osten zu verschieben. Der durch den Westen aktiv begleitete, illegale Sturz des gewählten Präsidenten Wiktor Fedorowytch Janukowytch im Jahre 2014 erlaubte den Westmächten die Einsetzung eines westlich orientierten Marionetten-Régimes. Die daraufhin zu erwartende, aber kampfflos vollzogene «Rücknahme» der Krim-Halbinsel durch Russland und die russischen Operationen in der Ost-Ukraine führten zu einer massiven Abkühlung der Beziehungen des Westens mit Russland. Seither modert ein Schwelbrand. Sobald es dem Interesse entweder der NATO oder Russlands dient, kann die interessierte Seite dieses Pulverfass jederzeit explodieren lassen. Grosse Verunsicherung über die Absichten Russlands herrschte

auch in den baltischen Staaten, welche wie Polen damit begannen, Bürgerwehren/Heimatgarden aufzustellen und der NATO die Stationierung derer Truppen zu erlauben.

**Naher Osten:** Im nahen und mittleren Osten sowie in Libyen wüteten extern induzierte Anarchie und Bürgerkriege. Afghanistan und der Irak kamen nicht zur Ruhe. Tägliche Terroranschläge machten das Leben im als befriedet erklärten Irak für die Bevölkerung zur Hölle. In Afghanistan konnten die Taliban-Widerstandskämpfer nur mit Mühe von der landesweiten Machtübernahme abgehalten werden, die sie regional bereits wieder innehaben.

**Syrien:** In Syrien herrscht seit über fünf Jahren ein von aussen initiiertes Bürgerkrieg. Nach den westlichen Mächten hatte sich nun auch Russland aktiv an den Kampfhandlungen zu beteiligen begonnen. Seit dem 30. September 2015 griff Russland auf der Seite der Regierung Syriens in den Syrischen Bürgerkrieg ein. Ziel der Luftangriffe war insbesondere die Terrormiliz «Islamischer Staat». Erstmals testete Russland im Oktober 2015 seine seegestützten Kalibr-Marschflugkörper durch die Kaspische Flotte und durch ein Projekt 636-U-Boot aus dem Mittelmeer. Der russische Militäreinsatz verhalf der syrischen Armee zu grossen Landgewinnen, einschliesslich der Rückeroberung Palmyras im März 2016. Der Militäreinsatz galt für Russland auch politisch als erfolgreich, weil Russland damit wieder auf Augenhöhe mit den USA handeln und verhandeln konnte, u.a. an den Verhandlungen der Konfliktparteien in Genf.

**U.S. Raketenschild für Europa:** Am 12. Mai 2016 wurde auf dem Militärstützpunkt Deveselu/Rumänien die Einsatzbereitschaft des amerikanischen, direkt der sechsten U.S.-Flotte unterstellten Raketen-Abwehrsystems gemeldet. Der «Aegis Ashore» Komplex verwendet Komponenten des seegestützten Aegis-Systems: SPY-1-Radar und drei Batterien (24 Werfer) mit SM-3 Block IB Abfang-Lenk Waffen. Die SM-3 Block IB Lenk Waffen haben eine Reichweite von 1'200 km und sind als Abwehr von Kurz- und Mittel-Strecken-Ballistik-Waffen konzipiert. Im Jahr 2018 soll auf dem Militärflugplatz Stolpreitz (Ślupsk-Redzikowo) in Polen eine zweite solche Anlage die Gefechtsbereitschaft erlangen.

## **Konfliktherde U.S.A. - Russland:**

Im Jahr 2016, als der zurückgetretene Chef der Armee (CdA) der Gruppe GIARDINO vorwarf, noch an «Panzerkriege» zu glauben, hat Russland seine 1. Garde-Panzerarmee wieder aufgebaut. Gleichzeitig produzierte Russland tausende von ARMATA-Panzern einer völlig neuen Generation. Die USA haben im gleichen Zeitraum eine zusätzliche Panzerbrigade nach Europa verlegt, die über doppelt so viele Panzer verfügt, wie die ganze Schweizer Armee. Mittlerweile kamen im Rahmen der laufenden zusätzlichen Verstärkung der U.S.-Streitkräfte die ersten 49 Kampf- und Unterstützungs-Hubschrauber der «10th Combat Aviation Brigade (CAB)» in Deutschland an. Die restlichen 35 Hubschrauber folgen nächstens. Allgemein bekannt ist auch, dass die USA bereits Truppen in die Baltischen Staaten verlegt haben. Da die USA glauben (Rede des Generalstabschef der US Armee vom 4. Oktober 2016) in einem zukünftigen Kriege kaum mehr Nachschub über die Meere bringen zu können, begannen sie, vorrausschauend schweres Kriegsmaterial in Europa zu lagern. Der neugewählte Präsident Trump hatte bereits im Wahlkampf angekündigt, das Verteidigungs-Budget der USA massiv erhöhen zu wollen sowie die NATO-Staaten dazu zu zwingen, 2% ihres Bruttoinlandproduktes BIP für ihre eigene Verteidigung auszugeben.

Auf **weitere sicherheitspolitisch relevante Entwicklungen** im Berichtsjahr sei hier hingewiesen: das selbstbewusste Auftreten Chinas im südchinesischen Meer, die überraschende Wahl Donald Trumps am 8. November 2016 zum neuen U.S.-Präsidenten, die weiterhin gigantische EZB-Geldschwemme in der EU zwecks Aufschiebung diverser Staatsbankrotte, zahlreiche Kriege in Afrika usw.

Für eine vollständige sicherheitspolitische Würdigung dieser Vorgänge haben wir in unserem Geschäftsbericht aber zu wenig Platz.

## **2. Vereinstätigkeit**

Für die Sicherheitspolitik der Schweizerischen Eidgenossenschaft stellte das Jahr 2016 ein Jahr dar, das in die Schweizer Geschichte eingehen wird. In der vierten Armee-Reform innert zwanzig Jahren beschlossen Bundesrat und Parlament, ohne das Volk zu befragen, die Schweizerische Armee vom Bestand von 220'000 auf einen neuen Sollbestand von 100'000 mehr als zu halbieren. Mit diesem neuen Sollbestand kann die Schweiz im Verteidigungsfall nicht mehr autonom verteidigt werden. Das seit 1815 geltende Statut der bewaffneten Neutralität wurde somit faktisch aufgegeben.

Für die Gruppe Giardino und weitere Befürworter einer glaubwürdigen Landesverteidigung war die Ergreifung des Referendums und der im Erfolgsfall folgende Abstimmungs-Kampf die Entscheidungs-Schlacht überhaupt. Die Gründung und der ganze Aufbau unserer militärisch-politischen Gruppierung verfolgte die Zielsetzung, diesen aus unserer Sicht absolut fatalen historischen Fehlentscheid zu verhindern.

Das Referendum dominierte unsere Vereinstätigkeit während des ganzen Berichtsjahres. Ihm ist deshalb ein eigener Abschnitt 3 gewidmet.

Die Gruppe Giardino hat im Berichtsjahr 7 Vorstandssitzungen und 5 Stabsitzungen abgehalten. Die Mitglieder wurden wie bisher durch vier Rundschreiben Nr. 21, 22, 23 und 24 über die Vereinstätigkeiten auf dem Laufenden gehalten. Die Website [www.gruppe-giardino.ch](http://www.gruppe-giardino.ch) mit ihrem mittlerweile bekannten Blog wurde laufend mit aktuellen Beiträgen à jour gehalten und von Diskutierenden rege benützt. 2016 wurde die Marke von 10'000 Kommentaren und 2'000 Beiträgen überschritten.

Die Medien wurden mit mehreren Medienmitteilungen über unsere Arbeit zugunsten einer glaubwürdigen Landesverteidigung orientiert. Die Stimme Giardinios wurde von den Medien wahrgenommen und in vielen Berichterstattungen konnten wir unsere Ansichten einbringen.

Stattgefunden hat im Februar 2016 auch ein persönliches Gespräch einer Dreier-Giardino-Delegation mit dem neuen Departements-Chef VBS, Herrn Bundesrat Guy Parmelin. In Stabs- und Vorstandssitzungen der Gruppe Giardino wurde eingehend über die Ergreifung von Referendum und Initiative beraten. Am 9. März 2016 besuchte eine Giardino-Delegation das Bundeshaus und konnte mit zahlreichen bürgerlichen Parlamentariern über das angekündigte Referendum gegen die Halbierung der Armee sprechen. Wir stiessen bestenfalls auf Verständnis – am wenige Tage später gefällten Bundesbeschluss vermochte unser «Lobbying» aber leider nichts zu ändern.

Am 30. April 2016 fand die Generalversammlung in der Mannschaftskaserne der Berner Truppen in Bern statt. Zahlreiche Mitglieder nahmen am statutarischen Teil sowie am anschliessenden öffentlichen Teil mit vielbeachtetem Referat «Strategische Interessen der Schweiz» von Oberst i GSt aD Peter Schneider teil, dem ehemaligen Chefredaktor der ASMZ.

Der Zuger Willi Vollenweider wurde von der Generalversammlung vom bisher interimistisch ausgeübten Amt zum ordentlichen Präsidenten gewählt.

### 3. Vom Schweizer Volk nicht legitimierte Halbierung der Armee (Referendum)

Die am 18. März 2016 vom eidgenössischen Parlament beschlossene Teil-Abschaffung der Armee wurde unisono von «Links» bis «Rechts» begrüsst. Sämtliche bürgerlichen Parteien zeigten sich vom Vorhaben begeistert, drängten auf raschmögliche Umsetzung dieses tragischen Fehlentscheides und missachteten somit ihre eigenen Partei-Programme. Ebenso fanden die Vorstände der Schweizerischen Offiziersgesellschaft sowie des Schweizerischen Schiesssportvereins SSV die Armee-Halbierung in erschreckender Übereinstimmung mit weiteren Armee-Abschaffern «gut». Im Einklang mit zahlreichen weiteren sonst armeefreundlichen Vereinigungen und Gruppierungen.

Legitimiert durch die Konsultativ-Abstimmung an unserer GV 2015 sowie mit Beschluss von Vorstand und Stab hatten wir Ende 2015 begonnen, das Referendum gegen diese nochmalige Halbierung der Schweizerischen Armee vorzubereiten.

Im Referendumskomitee («Bürgerkomitee für unsere Sicherheit») trug die Gruppe Giardino die Hauptlast, sowohl finanziell als auch personell. Die Mitglieder des Referendumskomitees trafen sich während der Sammelfrist regelmässig zu Koordinations-Sitzungen. Unter den Giardino-Mitgliedern und -Sympathisanten fanden sich zu unserer grossen Freude zahlreiche Unterschriften-Sammler und -Sammlerinnen, welche die Halbierung der Armee beim Sammeln auf der Strasse und im Bekannntenkreis, teils auch in ihren Vereinen, mit grossem Engagement zu verhindern versuchten. Viele Leute hatten realisiert, dass es bei diesem Referendum um nichts Geringeres ging als um die Sicherung der Weiterexistenz unserer Schweizerischen Eidgenossenschaft mit all ihren politischen, kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Errungenschaften. Eine Vielzahl von Spendern kleiner oder grösserer Beträge hat unsere Auffassung bekräftigt, dass es um eine für die Schweiz historische Weichenstellung ging.

Die Bundeskanzlei hat am 23. August 2016 das Schluss-Resultat unseres Referendums «NEIN zur Halbierung der Armee» im Bundesblatt veröffentlicht. Statt der erforderlichen 50'000 Unterschriften kamen leider nur 44'603 gültige Unterschriften zusammen. Das Nichtzustandekommen des Referendums setzte den Armee-Halbierungs-Bundesbeschluss vom 18. März 2016 («WEA», 14.069) in Kraft.

### Wieso hat es nicht gereicht?

#### Was wurde falsch gemacht?

Giardino-intern haben sehr offene Diskussionen stattgefunden, wieso wir unser Ziel, wenn auch nur knapp, verfehlt haben.

Zusammenfassend ist es so, dass wir vor allem die personelle Basis, wie sie politischen Parteien zur Verfügung steht, nicht hatten und nicht haben. Dadurch war es uns nicht möglich, in grossem Stil flächendeckend schweizweit auf der Strasse Unterschriften zu sammeln. Dies wussten wir von Anfang an, weshalb wir uns früh entschieden haben, (teure) Informations-Versände an möglichst viele Haushalte in der Schweiz zu organisieren. Zusätzlich konnten wir unsere Unterschriften-Bögen auch etlichen Versänden von Organisationen beilegen, die noch an einer glaubwürdigen Verteidigung der Schweiz interessiert sind («Bürger für Bürger», «Pro Libertate», «AUNS», «Schweizerische Gewerbezeitung»).

Mit insgesamt zwei Millionen (!) «unter das Volk gebrachten» Unterschriftenbögen machen wir uns sicher nicht den Vorwurf, wir hätten zuwenig unternehmen.

Allerdings waren wir beim Start des Referendums davon ausgegangen, dass uns noch weitere Freunde der Armee nach Beginn des Referendums-Kampfs unterstützen würden. Insbesondere, da ein nicht-zustandekommenes Referendum leicht als «stillschweigende Zustimmung des Schweizer Volkes zur Teilabschaffung der Armee» uminterpretiert werden kann.

Leider haben sich ab Referendums-Beginn nur vereinzelte Gruppierungen unserem Referendum angeschlossen, darunter einzelne Unteroffiziersvereine, zwei kantonale JSVP-Sektionen, eine kantonale SVP-Sektion und das Forum Flugplatz Dübendorf. Festzuhalten ist, dass die Armee-Halbierung nun **nicht** basisdemokratisch legitimiert ist – sie bleibt das Werk einer kleinen aber mächtigen «Classe Politique», die über das Volk bestimmen will ohne es zu fragen – auch nicht wenn es um dessen Existenz geht.

#### Erkenntnisse aus dem Referendum

Die Unterschriftensammlung hat uns ein paar ganz wichtige Erkenntnisse gebracht:

1. **Desinformation des Schweizer Volkes:** Das VBS, die politischen Parteien, sekundiert durch die Medien, haben die Halbierung der Schweizer Armee

vor der Öffentlichkeit verschwiegen und allfällig aufkommende Diskussionen unterdrückt. Die von uns angesprochenen Bürgerinnen und Bürger waren grossmehrheitlich gar nicht über die beschlossene Armee-Halbierung informiert!

2. Das **Ansehen** bereits der **jetzigen Armee** ist bei vielen Leuten **katastrophal!** Zahlreiche Leute, welche die Armee kennen, darunter viele Dienstpflichtige, Angehörige, sogar Berufsoffiziere und -unteroffiziere, berichteten uns glaubhaft, dass bereits in der jetzigen Armee völlig unhaltbare Zustände herrschten. Alle diese Leute unterschrieben das Referendum nicht, da sie überzeugt sind, dass die Halbierung der Armee den ersten Schritt in Richtung Total-Abschaffung darstellt, was sie als einzig sinnvollen Ausweg betrachten würden. Diese uns zugetragenen Rückmeldungen bestätigten einmal mehr, dass die Schweizer Armee unter dem Trio «Ogi-Schmid-Maurer» und durch eine verantwortungslose Bundespolitik systematisch heruntergewirtschaftet wurde. Alle bürgerlichen Parteien schauten einfach weg.
3. Für **sehr viele** Empfänger und Empfängerinnen unserer ausführlichen Informations- und Argumentations-Schrift schien der Schutz von Land und Leuten durch eine glaubhafte Armee offenbar **unwichtig**. Die Rücksende-Quote aus unseren Versänden belief sich auf mikrige 1%. Für 99% der Angeschriebenen ist die Zukunft unseres Landes und ihres eigenen **Wohlstandes** (!) offenbar **gleichgültig**. Diese Erkenntnis war für uns die grösste Überraschung und auch die allergrösste Enttäuschung.
4. Sehr viele **Kleinspender** haben uns **finanziell** unterstützt. Grössere Spenden von noch verantwortungsbewussten Unternehmern und Wirtschaftsführern liessen sich demgegenüber an einer Hand abzählen. Für breite Gewerbe- und Wirtschaftskreise ist die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit durch den Staat offenbar nicht mehr wichtig, wie zahlreiche Absage-Antwortschreiben auf viele «Bettelbriefe» unserer Fundraiser belegten.

Unsere Bundespolitiker und -politikerinnen foudieren sich um unsere Bundesverfassung. Sie sehen die Bundesverfassung nicht mehr als Vorgabe für ihre politische Tätigkeit. Auch die Armee fiel diesem

äusserst befremdlichen Demokratie-Unverständnis unserer Parlamentarier zum Opfer. Wir haben die falschen Leute nach Bern gewählt. Schauen wir, dass möglichst viele dieser Leute beim nächsten Wahltermin 2019 abgewählt und durch verfassungstreue Volksvertreter ersetzt werden.

Mit dem tragischen Entscheid beendete die verantwortungslose Bundespolitik jegliche Glaubwürdigkeit der Schweizerischen Armee, versetzte dem Miliz-Prinzip in der Armee den Todesstoss und bewirkte die faktische Abkehr von der bisherigen Neutralitätspolitik der Schweizerischen Eidgenossenschaft. Ein Staatsversagen. Ein wahrhaft historischer Vorgang: Die Schweiz versucht, ihre Zukunft ohne eine auch nur annähernd glaubwürdige Armee zu bewältigen.

Die Verteidigungs-Fähigkeit der Schweiz, wie wir sie früher hatten und wertschätzten, ist Geschichte.

#### 4. Sicherheitspolitische Herausforderungen der Schweiz

Die Sicherheits-Politiker der Schweizerischen Eidgenossenschaft wöhnen sich auf einer glückseligen «Insel des Friedens», weitab jeglicher Konflikt-Herde.

Unser Bundesrat und Parlament haben im Frühjahr 2016 mit dem Bundesbeschluss 14.069 die weitere Zerschlagung der Schweizerischen Armee beschlossen. Unsere Armee kann heute nicht und in Zukunft noch viel weniger den Verfassungsauftrag erfüllen, laut Art.58 die «Kriegsverhinderung» bzw die Verteidigung von Land und Leuten. Während z.B. Russland in letzter Zeit immer wieder grosse Verbände ohne Voranmeldung innert dreier Tage überraschend in Manövern, oft in sehr weit entfernten Gebieten, eingesetzt hat, sollen bei uns in wenigen Jahren im Rahmen der WEA («Weiterentwicklung der Armee») 30'000 Mann wieder «schnell», d.h. in 10 Tagen mobilisiert und ausgerüstet werden können. Ein Konflikt ist dann vermutlich längst vorbei. Wie will die Schweiz die ihr durch das Haager Abkommen von 1907 im Gegenzug für die Anerkennung der Neutralität die im Art. 5 auferlegte Pflicht erfüllen, allen fremden Mächten die Benützung ihres Territoriums falls nötig gewaltsam zu verwehren – mit nur noch zwei Kampfbrigaden, faktisch ohne Fliegerabwehr und Luftwaffe? Unsere Regierung gibt Milliarden für angeblich Cyberkriegs-resistente Kommunikations-Systeme aus, während sich die U.S.-Streitkräfte für einen Krieg in einem «der Kommunikation verwehrten Umfeld vorbereiten» und die amerikanischen Truppen lernen müssen, sich

wieder mit Karte und Kompass zurechtzufinden. Die U.S.-Flotte hatte bereits 2015 im indischen Ozean grosse Manöver in einem solchen Umfeld durchgeführt. Die Sicherheitspolitik der Schweizerischen Eidgenossenschaft war und ist so stark durch «Realitätsverweigerung» geprägt wie vermutlich noch nie zuvor.

Dass Bundesrat und Parlament schon lange nicht mehr das Eintreten des gefährlichsten Falls (militärische Behauptung der Schweiz) berücksichtigen, ist schon seit geraumer Zeit offensichtlich. Mit der WEA ging man aber noch einen wesentlichen Schritt weiter: Der Wiederaufwuchs wurde a priori verhindert durch die unwiederbringliche Zerstörung zahlreicher, vielfach unterirdischer Führungs-, Kommunikations- und Logistik-Infrastrukturen. Die Kampfinfrastrukturen (Sperrstellungen, permanente Sprengobjekte) werden sogar komplett zurückgebaut. Die neue WEA-Armee wird darüber weiterhin nicht in nützlicher Frist mobilisierbar sein (wenn überhaupt). An den Schutz der zahlreichen, weit über 1'000 kritischen Objekten in der Schweiz denkt gar niemand mehr, die dazu benötigten Mittel sind ja durch die WEA gerade «entsorgt» worden (Atomkraftwerke, Lebensmittel-Lager, Wasserversorgung, Treibstoffdepots, SBB-Anlagen, Flugplätze, Behörden, Botschaften, Verkehrsknoten, Tunnels, Kommunikations-Zentralen, Grenzübergänge, Strom-Netz, Chemielager, Spitäler, Elektrizitätswerke, Staudämme und dergleichen). Darunter sind immerhin 200 von strategischer Wichtigkeit für die Schweiz. Das VBS ist seit geraumer Zeit dazu übergegangen, die Darstellung der sicherheitspolitischen Lage den ihm gerade zur Verfügung stehenden Mitteln «anzupassen» (statt umgekehrt). Dies ist ein Betrug am dem Schweizerischen Volk geschuldeten Verfassungs-Auftrag und staatspolitisch wie militärisch völlig verantwortungslos. Die Gruppe Giardino wird deshalb einen eigenen sicherheitspolitischen Bericht (Sipol-B) ausarbeiten und publizieren.

Die auch hierzulande zu beobachtende massive illegale Zuwanderung aus arabischen und afrikanischen Ländern und die Duldung mehrerer Hunderttausender illegaler Aufenthalter verändern das Bild des einst beschaulichen und friedlichen Schweizer Alltags zunehmend. Der Unmut in der Bevölkerung wächst nicht wegen den echten Flüchtlingen, sondern weil die «Gleichstellung» der viel grösseren Anzahl illegaler Aufenthalter mit diesen eine grosse Ungerechtigkeit darstellt und den Steuerzahler sehr viel Geld kostet.

## 5. Weiterentwicklung der Gruppe Giardino

Unser zivil-demokratischer Aufstand und Widerstand muss weitergehen! Wir werden nicht tatenlos zuschauen, wie verantwortungslose Politiker und Politikerinnen unsere Schweiz noch ganz zugrunde richten!

Die «Gruppe GIARDINO» ist die bedeutendste, vom VBS vollkommen unabhängige «Denk-Fabrik» («Think Tank») der schweizerischen Sicherheitspolitik. Ihr gehören Bürger und Bürgerinnen aus allen Kantonen sowie aktive und ehemalige Militär-Angehörige an, welche die Vernachlässigung der öffentlichen Sicherheit, namentlich im Bereich der Landesverteidigung, mit sehr grosser Besorgnis beobachten und schon seit Jahren einen Stopp dieses fatalen Zerfalls-Prozesses fordern.

Die durch die Armee-Halbierung aufgerissene riesige Sicherheitslücke zwischen kantonalen Sicherheitskräften und der nochmals geschwächten Rumpf-Armee des Bundes stellt die Kantone vor eine völlig neue Herausforderung. Der Bund erbringt die verfassungsrechtlich vereinbarte Sicherheitsleistung nicht mehr, die Bevölkerung der Kantone muss für ihre Sicherheit selber sorgen. Ideen für eine neue Konzeption der Sicherheits-Architektur der Schweiz sind gefragt.

Soll dies mit einer verstärkten Bundespolizei, mit einer dem Milizprinzip folgenden Nationalgarde nach dänischem oder amerikanischem Vorbild passieren, oder sollen sich Bürgerwehren aller Art auf kommende schlimme Zeiten vorbereiten? Übernehmen wir das israelische Modell der Terrorbekämpfung? Soll das Waffenrecht dermassen gelockert werden, dass verantwortungsbewusste Bürger und Bürgerinnen sich leichter mit wirksamen Waffen aller Art ausrüsten können? Soll die öffentliche Sicherheit teilprivatisiert werden, wie die Bundespolitik dies durch ihr Abseitsstehen nun implizit herausfordert? Wird das staatliche Macht-Monopol ad absurdum geführt?

Eine Volksinitiative wird unerlässlich sein, da der Wille der politischen Parteien für eine glaubwürdige Landesverteidigung auch in absehbarer Zukunft fehlen wird.

Für die Gruppe GIARDINO bedeutete der Referendums-Kampf eine wahrhaftige Belastungsprobe. Die berechtigte und nachvollziehbare Enttäuschung über die Nichterreicherung der Unterschriftenzahl liess ein paar unserer Mitglieder verständlicherweise geradezu verzweifeln. Sie glauben nicht mehr an eine Wiederherstellung der Schweizerischen Verteidigungs-

bereitschaft innert nützlicher Frist und somit auch nicht mehr an den Sinn der Weiterführung unseres Vereins.

Da auch einige unserer bisherigen aktiven Stabsmitglieder diese Ansicht äusserten, führten wir am 7. August 2016 in Weggis eine Verabschiedung des bisherigen Stabes in würdigem Rahmen durch. Unter Verdankung des bisherigen grossen Engagements aller. Insbesondere derjenigen, die sich entschlossen haben, ihre aktive Mitwirkung, meist alters- und gesundheitsbedingt, aufzugeben und neuen Kräften zu überlassen.

Wir haben alle an einer aktiven Mitwirkung interessierten Mitglieder aufgerufen, mit uns die neu zu verfolgende Strategie zu diskutieren und zu formen. Von den rund dreissig Interessierten konnten dann rund zwanzig an der Strategietagung vom 11. November 2016 in Bern teilnehmen. Die dabei gewonnenen Erkenntnisse und die ausformulierten Handlungsoptionen haben anschliessend Eingang gefunden in das anfang 2017 stattgefundene Organisations-Meeting zur Neu-Strukturierung und personellen Besetzung des neuen Stabes der Gruppe Giardino.

## 6. Schlusswort und Dank

Die radikale Abkehr unseres Bundesrates und der Mehrheit unseres Bundesparlamentes von jahrhundertlang bewährten Werten, Haltungen und Erfolgsrezepten unserer Schweizerischen Eidgenossenschaft, bringt zahlreiche verantwortungsbewusste Bürger und Bürgerinnen an den Rand der Verzweiflung.

Die «Classe Politique» hat die Prioritäten aus den Augen verloren und müllt sich populistisch mit Belanglosigkeiten aller Art selber zu. Das Schweizer Volk ist dabei in Vergessenheit geraten und es wird im Stich gelassen.

Die Gewährleistung der öffentlichen inneren und äusserlichen Sicherheit ist selbstverständlich immer noch die zentrale und prioritäre Aufgabe, die jedes Staatswesen gegenüber seiner Bevölkerung erfüllen muss. Und zwar ohne «Wenn und Aber»: Die «raison d'être» schlechthin.

Kehrt unsere zurzeit oft verantwortungslos agierende, ethisch und moralisch desorientierte Politik nicht bald zur Vernunft zurück, wird unserer jungen Generation nichts anderes übrig bleiben, als unser Land zu verlassen und ihr Glück in Staaten zu suchen, die wissen wozu sie da sind.

Ich danke unseren in Stab und Vorstand wirkenden Mitkämpfern für ihr grosses Engagement in unserer

Sache. Die Gruppe Giardino umfasst in diesen Organen, sowie im Kreis der Mitglieder und Sympathisanten ein unglaubliches Reservoir an militärischer Fachkompetenz, sowie eine grosse Fülle von Lebenserfahrung, geschichtlichem Verständnis und an gesundem Menschenverstand. Die Gruppe Giardino ist somit eine der ganz wenigen verbleibenden politischen Kräfte im Land, welche sich vehement gegen den aktuellen Defaitismus im Bereich der Landesverteidigung zur Wehr setzt.

Unser Dank gilt ganz besonders all unseren Mitgliedern, welche treu zu uns halten. Für Ihre finanzielle Unterstützung im Berichtsjahr danken wir Ihnen.

Wir hoffen, auch in Zukunft Ihren Erwartungen gerecht zu werden und werden uns mit all unserer Kraft und Energie weiterhin und unbeirrt für eine Zukunft der Schweizerischen Eidgenossenschaft in Frieden, Freiheit und Unabhängigkeit mit einer starken Miliz-Armee einsetzen.

Zug, im Frühjahr 2017      Willi Vollenweider, Präsident

